

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparskastento 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16—Kč, vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—öK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Ein neuer Einfall der Ungarn in Niederösterreich.

Feuertangriff auf Agendorf. — Das Kohlenbergwerk Brennberg besetzt.

Wien, 8. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Heute früh hat eine starke ungarische Bande, mit regulärem ungarischen Militär gemischt, den österreichischen Gendarmenposten in Agendorf angegriffen. Die Schießerei hat reguläres ungarisches Militär eröffnet, das in großen Massen und in Schwarmlinien voranging. Das Feuer unterhielt die Ungarn drei Viertelstunden lang. Zu gleicher Zeit wurde das Kohlenbergwerk in Brennberg angegriffen. Brennberg ist ein Tagbau, auf dem gerade 700 Mann arbeiteten. Es gelang der Arbeiterschaft, rechtzeitig zu fliehen. Das Bergwerk wurde von den Ungarn besetzt. Die von Oesterreich eingesetzte Landesregierung für das Burgenland, die in Maffersdorf war, mußte infolge der Ereignisse nach Wiener-Neustadt fliehen.

Die Entente verbietet noch immer, daß die österreichische Wehrmacht die alte Grenze überschreitet und in das Burgenland einrückt. Die Aufregung in Wiener-Neustadt ist natürlich sehr groß. Die österreichische Wehrmacht ist an die alte Grenze vorgeschritten, um für den Fall, daß die Ungarn versuchen sollten, die Grenze zu überschreiten, sie abzuwehren. In das Burgenland selbst darf sie nicht.

Siehe meldet das Tsch. P. B. aus Wien: Die interalliierte Generalmission in Ledenburg wurde sofort heute vormittags von der österreichischen Regierung auf diese neuen Vorfälle aufmerksam gemacht und zugleich von ihr neuerlich die Genehmigung gefordert, Teile des Bundesheeres verwenden zu dürfen. Die Generalmission teilte mit, daß das Detachement Ostyterburg auf die Nachricht von den Bandenüberfällen mit seiner Kavallerie die Banden angegriffen und zerstreut habe, wobei 100 Bandenmitglieder zu Gefangenen gemacht wurden. Diese der interalliierten Generalmission von Ostyterburg gegebene Darstellung steht mit den Aussagen der an den Geschehen beteiligten Gendarmen in Widerspruch, die erklären, daß reguläre Kavallerie vor den Banden einherzieht. Die österreichische Regierung hat von diesen Vorfällen sofort neuerlich die in Wien akkreditierten Vertreter der drei Hauptmächte verständigt. Ueber Wunsch der interalliierten Generalmission hält das Detachement Ostyterburg Agendorf solange besetzt, bis die österreichische Gendarmen dort wieder einmarschieren kann. (Das nennt man den Bod zum Gärtner machen.)

### Was schlägt sich, Was verträgt sich.

Wien, 9. September. (Tsch. P. B.) Die „Parlamentarische Korrespondenz“ erfährt aus verlässlicher Quelle, daß die Aktionen der Führer der magyarischen Banden in Westungarn sich nicht in derselben Richtung bewegen, sondern nur insoweit geführt werden, als es sich um Aktionen gegen Oesterreich handelt. Sonst verfolgen die an dem Kampfe in Westungarn beteiligten drei Gruppen verschiedene militärische und politische Ziele. Sie sind zwar insgesamt Monarchisten, doch setzt sich Ostyterburg für die Rückkehr Karl Sabsburgs ein, während Sejhas die Wahl Horthy's zum Könige von Ungarn propagiert und Pronah ein Anhänger Albrechts, eines Sohnes des Erzherzogs Friedrich, ist.

### Die Goldmilliarde.

Am 11. Mai 1921 hat Deutschland sich dem Ultimatum der Entente gebeugt und sich bereit erklärt, eine Kriegsschuldigung — von den Alliierten Reparation genannt — von insgesamt 132 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Bis zum 31. August sollte hievon, abgesehen von Sachleistungen, eine Goldmilliarde gezahlt werden, was inzwischen auch tatsächlich geschehen ist. Die Verschlebung eines so großen Goldwertes von Deutschland in die Ententestaaten wird naturgemäß nicht ohne Wirkung auf die gesamte Weltwirtschaft bleiben. Die Summe ist zwar pünktlich von Deutschland bezahlt worden, aber, das ist das Bedenkliche, nicht allein aus eigenen Mitteln des Landes. Die „Frankf. Ztg.“ schätzt die Höhe der Goldwerte und Wechsel, die Deutschland tatsächlich aus eigenen Mitteln geleistet hat, auf 5—600 Millionen Goldmark, während das andere aus Krediten, die Deutschland aufgenommen hat, bestritten wurde. Die angenommene Schuld ist vorläufig eine kurzfristige Anleihe und es wird nunmehr die Aufgabe der deutschen Finanzwirtschaft sein, diese Schuld in eine langfristige Anleihe zu verwandeln, da an eine Bezahlung in nächster Zeit naturgemäß nicht zu denken ist. Von den eigenen Mitteln, die Deutschland zur Bezahlung der ersten Reparationsmilliarde flüssig machte, mußten 63 Milliarden Gold den Kellern der Reichsbank entnommen werden. Bis zum Sommer 1922 hat Deutschland keine größeren Zahlungen zu leisten, es ist seiner Volks- und Finanzwirtschaft eine Salgenfrist gegeben, welche die Regierung dazu wird ausnützen müssen, durch ein großzügiges Steuerprogramm teils die jetzt aufgenommenen Kredite zu tilgen, teils die Mittel zu beschaffen, die zur Bezahlung der nächsten Milliarde notwendig sind. Hierbei wird sich zeigen, ob die deutschen Mehrheitssozialisten stark genug sind, die Regierung Wirth dahin zu drängen, die aus der Wiederherstellung entspringenden Lasten auf die Schultern der besitzenden Klassen zu legen, es wird sich zeigen, ob die Kapitalisten, die im Kriege und nach dem Kriege einen berauschenden Reichtum in ihren Händen sammeln konnten, Deutschlands Kriegsschuldigung zahlen werden oder die Arbeiter, denen Krieg und Nachkriegszeit eine gefaltene Lebenshaltung, Not und Jammer gebracht haben. Die deutsche Finanzreform wird so zum Prüfstein der tatsächlichen Macht des deutschen Proletariates und seiner Klassenreife.

Die erste Goldmilliarde, die Deutschland gezahlt hat, dient vor allem zur Verstärkung der Kosten, die den Alliierten erwachsen sind, seitdem sie einen Teil Deutschlands besetzt halten. Frankreich verrechnet diese Besetzungskosten auf die Kohlenruben im Sargebiet, die durch die Verfallener Friedensvertrag in seinen Besitz gekommen sind, während die ebengezählte Darmilliarde unter England und Belgien aufgeteilt wird und zwar so, daß Belgien 650 Millionen, England 450 Millionen Goldmark erhält.

Gleichzeitig wurde zwischen den beiden Wiederaufbauministern Rathenau und Loucheur ein Abkommen über die deutschen Sachleistungen getroffen. Der Inhalt dieses Abkommens besteht in der Hauptsache darin, daß eine Privatgesellschaft gebildet wird, deren Aufgabe es ist, alle von den Bewohnern der zerstörten Gebiete gewünschten Waren zu liefern. Die Lieferungen sollen in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1926 getätigt werden und einen Wert von sieben Milliarden Goldmark haben. Deutschland wird also jedes Jahr ganz enorme Bar- und Sachleistungen an die Alliierten leisten müssen.

Die erste Folge der vollzogenen Finanzoperationen ist der Sturz des Wertes der Reichsmark. Die deutsche Regierung mußte sich die fremden Valuten, in denen ein Teil der Re-

parationsmilliarde bezahlt wurde, durch den Verlauf eines Teiles ihres Markbestandes beschaffen. Das große Angebot an Reichsmark und die Nachfrage nach den Ententevaluten hat auf den Börsen naturgemäß das Steigen des Dollars und das Fallen der Mark zur Folge gehabt. Die Mark ist aber nicht nur gegenüber den Valuten der Ententestaaten, sondern auch gegenüber den entwerteten Währungen der wirtschaftlich Besiegten gefallen. Während die tschechische Krone in der Nachkriegszeit stets um einige Punkte tiefer stand als die Mark, ist in den letzten Tagen bereits eine bedeutende Spannung im Werte dieser beiden Währungen zu Gunsten der tschechischen Krone festzustellen, 100 Mark kosten jetzt bloß 88 1/2 tschechische Kronen. Für Deutschland ist die nächste Folge des Fallens der Mark eine neue Feuerungswelle, die nur über Deutschland geht. Während der Index der Großhandelspreise am 4. Juni 18 betrug, stieg er am 2. Juli auf 135, schnellste am 6. August auf 159 empor und stieg bis zum 2. September weiter auf 164. Die Voraussetzungen für ein weiteres Steigen der Preise im September sind abermals dadurch gegeben, daß der jüngste Fall der Mark alle aus dem Auslande bezogenen Waren für Deutschland verteuert und auch im Inlande werden durch die Erhöhung der Brotpreise, Eisenbahntarife, Postgebühren und Mieten die Produktionspreise steigen. So ist die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft erneut bedroht. In der Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgüter tritt für den deutschen Arbeiter die Tatsache in Erscheinung, daß die Zahlung der Reparationsleistungen auf Kosten seiner Lebenshaltung erfolgt. Freilich dürfte die Folge des Fallens der Mark auch eine Belebung der deutschen Industrie zur Folge haben, denn die Erzeugungskosten der deutschen Industrie werden — an den Preisen auf dem Weltmarkt gemessen — gesenkt. Nach den Berichten der preussischen Handelskammern war bereits im August eine größere Tätigkeit fast aller Zweige des Handels zu erkennen. Die Maschinenindustrie hat große Aufträge aus dem Auslande erhalten, der Lokomotivbau ist bis Anfang nächsten Jahres voll beschäftigt. Die Baumwollindustrie ist mit Aufträgen bis zum nächsten Frühjahr versehen, in der Konfektionsbranche wird schon für den Sommer 1922 disponiert. Lebhaft ist der Geschäftsgang in der chemischen Industrie, auch die Buntfärberei zeigt eine weitere Belebung. So kann man sehen, daß die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland gegenwärtig nicht ungünstig sind, daß der Tiefstand der Mark die Geschäftstätigkeit belebt, die Arbeitslosigkeit vermindert, aber von dieser ganzen Entwicklung wird die Arbeiterklasse infolge wenig Vorteil haben, da die in Deutschland gezahlten Löhne weit unter dem Lohnniveau des valutarstärkeren Auslandes stehen und die Lebenshaltung des deutschen Proletariates neuerlich bedroht ist. Der wirtschaftlichen Scheinblüte Deutschlands wird auch von Volkswirtschaftlern der Ententeländern nur eine kurze Dauer vorausgesagt, der bedeutende englische Nationalökonom Keynes prophezeit für den Sommer 1922 den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands, da dieses nicht imstande sein wird, die zweite Reparationsmilliarde zu bezahlen.

In der Tschechoslowakei hat man keine Ursache, sich über diese Entwicklung zu freuen und die Wertsteigerung der Krone gegenüber der Mark etwa mit Zufriedenheit zu verfolgen. Unsere Industrie leidet jetzt schon allertwärts durch die deutsche Konkurrenz, da die deutsche Industrie der unseren organisatorisch und technisch überlegen ist. Wenn nun noch die Produktionsbedingungen der reichsdeutschen Industrie dadurch günstiger werden, daß diese ihren Arbeitern die Löhne in einer minderwertigeren Valuta zahlt als es die tschechische ist, dann muß unsere Industrie den Kampf

gegen die reichsdeutsche Konkurrenz noch unter viel schlechteren Bedingungen führen. Insbesondere für unsere Metallindustrie, die sich in einer schweren Krise befindet, werden die Aussichten für den Export noch schlechter, unsere Metallarbeiter werden von neuer Arbeitslosigkeit bedroht. Außerdem wird die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung geschwächt, unsere Ausfuhr nach Deutschland, die im Jahre 1920 30,8 Millionen Meterzentner oder 44,47% unserer Gesamtausfuhr betrug, wird gleichfalls bedroht. So hat auch die tschechoslowakische Volkswirtschaft die Wirkungen der deutschen Reparationsleistungen zu spüren. Aber nicht nur die Tschechoslowakei, sondern auch die Industrien aller anderen Länder, insbesondere der Siegerstaaten, haben mit der durch den Fall der Reichsmark gewachsenen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu rechnen. Die deutschen Reparationsleistungen schädigen so nicht nur die deutsche Volkswirtschaft, sondern die gesamte Weltwirtschaft.

### Spekulationowut ohnegleichen an der Berliner Börse.

Berlin, 8. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). An der Berliner Börse haben sich in letzter Zeit Szenen abgespielt, die jeder Beschreibung spotten. Der Anbruch der Käufer war so gewaltig, daß die Aufträge auch nicht annähernd ausgeführt werden konnten. Eine Spekulationswut ohne gleichen hat sich eingestellt. Alles befindet sich auf der Flucht vor der Mark und auf der Jagd nach Effekten. Die Gründe dieser Bewegung sind hauptsächlich in der katastrophalen Entwertung der deutschen Valuta zu suchen. Der Markkurs ist gestern in New York auf 1.06 zurückgegangen und auf diese Weise bis in die Nähe seines bisher tiefsten Standes gerückt. Umgekehrt befinden sich die ausländischen Zahlungsmittel in Berlin in ununterbrochener Aufwärtsbewegung und der Dollar hat bereits eine Höhe von 96 Mark erreicht. Im Zusammenhang mit dieser neuen Valutakatastrophe haben die Börsengeschäfte einen geradezu ungeheuerlichen Umfang angenommen. Die Börse muß an mehreren Tagen der Woche geschlossen werden. Man hat noch den Börsenhof für den Verkehr hinzunehmen müssen. Es wird höchste Zeit, daß das Reich die leistungsfähigen Klassen durch Besteuerung und Erfassung der Sachverie zur Deckung der Reparationslasten heranzieht. Denn nur wenn der innere Wert der Mark durch Beilegung des Reiches an dem Vermögen und an den Einnahmen der kapitalistischen Kreise gehärtet wird, kann eine Stabilisierung der deutschen Valuta erreicht werden. Der jetzt schon mehrere Monate andauernde Rückgang des Marktkurses ermöglicht zwar einen starken Export und wirft den Kapitalisten reiche Spekulationsgewinne in den Schoß, die minderbemittelte Bevölkerung dagegen bedroht er mit neuer, ungeheurerer Verteuerung ihrer bisherigen Lebenshaltung.

### Inland.

Die friedfertigen „Narodni Listy“. Die „Narodni Listy“ schreiben u. a. über unsere Stellungnahme zur tschechischen Sozialdemokratie: „Es gibt sicher in der tschechischen Nation keinen ersten Menschen, der sich nicht einvernehmen und ein friedliches Zusammenleben mit unseren Deutschen wünschen würde. Es ist gewiß auch noch eine Aufhellung der gegenseitigen Beziehungen in mancher Hinsicht möglich. Noch manches Mißverständnis kann beseitigt werden, noch manche Vereinbarung über bisher streitige Fragen kann erzielt werden. Die Bereitwilligkeit hierzu muß allerdings beiderseitig sein. Aber die Voraussetzung jeglicher Zusammenarbeit ist das positive Verhältnis der Deutschen im Staate und ihre Ausöhnung mit der Wirklichkeit. Daß wir nämlich keinerlei destruktive Aktionen dulden können und daß wir niemals in irgend etwas einwilligen werden, was dieselben unter dem Vorwand der Autonomie das

notwendige Maß der staatlichen Einheit und tatsächlichen Sicherheit bedrohen könnte. In dieser Richtung haben wir unser letztes Wort gesprochen und es irrt sich der, der glaubt, daß wir dieses Wort jemals widerrufen könnten.“ — Siezu wäre zu bemerken, daß es auch unter den vernünftigen Deutschen, vor allem unter den deutschen Sozialdemokraten keinen Menschen gibt, der sich nicht im Einvernehmen und im friedlichen Zusammenleben mit der tschechischen Nation wünschen würde. Darin liegt soviel Befahrung, daß die Phrase von der Irredenta nur als das erste, was sie in Wirklichkeit ist: eine nationalistische Parole. In tausend tschechischen Versammlungen wird das jüngst angebrachte Märchen von der nächsten Bewachung tschechischer Schulen im deutschen Gebiete wiederholt werden und das Streben des deutschen Volkes nach Autonomie wird so lange als unerfüllbar dargestellt werden, bis das tschechische Volk auch an dieses Märchen glauben wird. Und doch wäre ihm mit der Wahrheit in beiderseitigem Interesse mehr gedient.

**Schwehla über die Aufgaben der neuen Regierung.** Abg. Schwehla, der Führer der Agrarpartei erklärte in einer Sitzung des Exekutiv Ausschusses seiner Partei in einem Referat über die neue Regierung folgendes: „In sozialpolitischen Fragen will die Partei an jeder gefundenen Reform mitwirken. Sie wird aber jede Experimentierpolitik bekämpfen, welche den inneren Frieden und die heimliche Erzeugung bedrohen würde. In den Kulturfragen wird sie, soweit es die religiösen Angelegenheiten betrifft, vollständige Toleranz bewahren. In nationalen Angelegenheiten hält die Partei dafür, daß derzeit irgendwelche Mitwirkung einer deutschen Partei an der Leitung des Staates unmöglich ist und will bei Wahrung des nationalen Selbstbewußtseins und der nationalen Würde eine Politik nationaler Loyalität betreiben.“ — Das ist der echte Schwehla! Alles kann er, alles macht er: gesunde Reformen, aber nur keine „Experimentierpolitik“, in Kulturfragen größte Toleranz, in nationalen Angelegenheiten Würde, aber Loyalität... Alles macht er, alles kann er, alles verspricht er, aber was hält er, der Schwehla? ...

**Keine Gemeindevahlen 1922?** Wie die „Ravennat“ meldet, sollen innerhalb der tschechischen Parteien, insbesondere innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie, Bestrebungen im Gange sein, die darauf hinführen, die nächstjährigen Gemeindevahlen um ein Jahr zu verschieben. — Die Verantwortung für diese Meldung müssen wir dem genannten Blatte überlassen.

**Der Kongreß der tschechoslowakischen nationaldemokratischen Partei.** (Tsch. P. B.) Der Kongreß der tschechoslowakischen nationaldemokratischen Partei hielt unter Vorsitz Dr. Kramarich heute eine Sitzung ab, in welcher eine Resolution angenommen wurde, worin es heißt: Der Kongreß begrüßt, daß auch die übrigen tschechischen politischen Parteien zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß eine feste Regierung und Parlamentsmajorität nur durch Zusammenarbeit aller tschechischen staatsbildenden Parteien geschaffen werden kann und die Zustimmung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Partei in dieser Regierung vertreten sei. Es wird die Notwendigkeit ausgesprochen, sich zuerst über ein gemeinsames Regierungsprogramm in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zu einigen, in welchem vor allem und einzig die Interessen der Republik und dadurch die Lebensinteressen aller Schichten des tschechoslowakischen Volkes und der nationalen Gesamtheit gewahrt werden.

**Slowakische Klagen.** Die slowakischen „Narodnie Noviny“ bringen einen Leitartikel, in dem die völlige Unzufriedenheit mit dem heutigen slowakischen Schulwesen ausgesprochen wird. Statt slowakischer Lehrbüchern werden vielfach tschechische verwendet. Für den Geist, der in den Schulen herrscht, sei charakteristisch, wie man die literarische Loslösung der Slowakei von den Tschechen behandelt. „Wir wären sehr froh“, heißt es wörtlich in dem Artikel, „wenn unsere Schulbehörden sich entschließen würden, diese schreienden Zustände zu beseitigen und es dem slowakischen Geiste ermöglichen würden, in den slowakischen Schulen zur Geltung zu kommen, als eine der ersten Bedingungen des Ausgleichs zwischen Tschechen und Slowaken.“

**Wie man den Slowaken die Autonomie ausreden will.** Im „Venkov“ schreibt Gesandter Dr. Krbal: „Die ehrlichen Slowaken erkennen selbst, daß sie bereits mehr Autonomie haben als ihre Fähigkeiten reichen und alles Rufen nach der Autonomie ist bei der heutigen inneren Situation der Slowakei eine unernte politische Parole, welche die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften des Staates nicht in Erwägung ziehen können. Der Slowakei fehlen bis heute alle Bedingungen der Selbstverwaltung, nicht zu reden von der Unabhängigkeit: geschlossene geographische, militärische und nationale Grenzen, die Bevölkerung einer Staatsnation und einer überwiegenden Religion, Gesetzmäßigkeit der politischen Parteien, auf die sich die Regierung stützen könnte, eine starke wirtschaftliche und soziale Struktur der

Bevölkerung, kulturelles und nationales Bewußtsein der breiten Massen der Bevölkerung, gefestigte Organe der Selbstverwaltung.“ Wenn daher die tschechische Regierung ihre Beamten in die Slowakei entsendet, so sei das angeblich nicht tschechischer Zentralismus, sondern die Hebung der Slowakei im Geiste der nationalen Befreiung, ihre Vorbereitung zur Selbstverwaltung, wie sie Böhmen, Mähren und Schlesien haben. (1) — Wir glauben kaum, daß sich die Slowaken mit derartigen Argumenten die Autonomie werden ausreden lassen. Der Herr Gesandte macht auch das Beständnis, daß sich die slowakischen Beamten deswegen nicht bewährt haben, weil sie noch stark unter magyarischem Einfluß stehen und vielfach Anhänger der magyarischen Irredenta sind. Die Regierung müsse daher die slowakischen Beamten nach Böhmen und Mähren versetzen, damit sie Träger des Staatsgedankens werden. „Alle sentimentalen Rücksichten müssen den höheren Interessen einer ordentlichen Verwaltung und der staatlichen Sicherheit untergeordnet werden.“ Selbst der „Venkov“ erklärt sich einleitend mit den Ausführungen des Herrn Gesandten nicht einverstanden und es wird wohl niemand so leicht glauben, daß man mit solchen Grundsätzen die Slowaken gewinnt.

**Karpathorussisches.** Oberamtmann Schwacha aus Munkacs wurde wegen Verdachts der Veruntreuung von 33.000 Dollar verhaftet. Wie der „28. rijen“ mitteilt, hat der Oberamtmann aus Rozbitor namens Palh durch verschiedene Machinationen mit Getreide und Petroleum die Republik mindestens um eine Million Kronen und die Bevölkerung seines Wirkungskreises um 700.000 Kronen geschädigt. Auf Grund des Einschreitens des Untersuchungsamtes wurde Palh verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. Diese großen Defraudationen hoher Staatsbeamter sind umso bemerkenswerter, als vor nicht langer Zeit Herr Ehrenfeld, der Gouverneur von Karpathorussland bloß die Ehrlichkeit der niederen karpathorussischen Beamten zu bezweifeln wagte.

### Einigungsverhandlungen mit Bayern.

**Berlin, 8. September.** (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern aus Bayern sind heute fortgesetzt worden. Ein offizieller Bericht ist noch nicht herausgekommen, es wird aber behauptet, daß schon eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sei und daß man jetzt nur noch über Formfragen diskutiere. Bayern sollen gewisse Zugeständnisse für die innere Verwaltung, besonders aber für die Befugnisse der Landespolizei gemacht worden sein, wofür es dann den Ausnahmezustand aufheben will. Die Führer der Reaktionsparteien des Reichstages, Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten, sind vom Reichskanzler über die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen mit den Vertretern Bayerns unterrichtet worden. Die Parteiführer erklärten ihr vollstes Einverständnis mit den Vorschlägen der Reichsregierung, ausgenommen die Sozialdemokraten, die noch einige Einwendungen erheben, gemeinsam mit den Unabhängigen beim Reichskanzler erscheinen und ihre Bedenken geltend machen wollen. Die Arbeiterschaft wird sich nicht damit zufrieden geben, wenn zwar der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben, aber neue Ausnahmsbestimmungen gegen die Arbeiterschaft beschlossen werden sollen. In diesem Sinne schreibt auch der „Vorwärts“ in der heutigen Abendausgabe: „Wir verlangen, daß die Regierung sich nicht zum Narren halten läßt. Die Verhandlungen müssen heute erledigt werden. Morgen tritt der Reichstagsausschuß zusammen; er möge die Reichsregierung beauftragen, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen. In einer Zeit, da der Völkerbund über das Schicksal Oberschlesiens verhandelt, da von der Einheit des Reiches die Erfüllung der Reparationen und damit die Erhaltung des Ruhrgebietes und des gesamten volkswirtschaftlichen Lebens abhängt, — was ist in solcher Zeit die verderbliche Treiberei einer Münchener Clique anderes wert, als daß sie gründlich beseitigt wird? Die Arbeiter in Bayern und in ganz Deutschland haben ihre Vorbereitungen beendet. Wir wollen den inneren Frieden. Wer ihn stört, wird von uns mit allen Mitteln zur Ordnung gerufen werden. Es ist hohe Zeit, die Reichsregierung mag das Wort sprechen, das uns zu geordneten Zuständen zurückführt.“

**Umgetaufte Orgel in Bayern.** **Berlin, 8. September.** (Tsch. P. B.) Die „Freiheit“ meldet, daß die in Bayern nach der Auflösung der Einwohnerwehr unter dem Namen „Notbann“ geschaffene neue Organisation, die zum Schutz gegen den Streikfabrikismus dienen soll, in Wirklichkeit eine veraltete Einwohnerwehr sei. Bei den Münchener Demonstrationen für die Re-

publik ist der Notbann schon in Alarmbereitschaft gewesen. Er hat also militärische Ziele und wird von den gleichen Personen geleitet wie die bisherige Einwohnerwehr. Die Reichsregierung, sagt die „Freiheit“, wird nicht umhin können, sich mit dieser Organisation zu beschäftigen.

### Die sozialistischen Parteien gemeinsam auf der Wacht.

**Berlin, 8. September.** (Tsch. P. B.) Wie der „Vorwärts“ meldet, fand am Mittwoch eine vertrauliche Aussprache von Vertretern der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit solchen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die politische Lage statt. Man war sich darüber einig, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfiehlt. Im Vordergrund stand die bairische Frage. Allseits wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern unerlässlich sei. Am Mittwochabend unterrichteten Vertreter beider Parteien den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern über ihre Auffassung, insbesondere darüber, daß auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten neuerdings wiederholt kommunistische Blätter verboten wurden. Sie ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Rechtssozialisten gerichtete Charakter der Verordnung des Reichspräsidenten nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwischt und nach links umgebogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter erklärten, wenn linksstehende Blätter zu Gewaltanwendung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Republik auffordern, so müsse die Verordnung auch gegen sie Anwendung finden. Die Besprechungen werden Donnerstag fortgesetzt werden, sobald die Beratungen mit den bairischen Vertretern beendet sein werden.

### Die Franzosen schmieden das Eisen.

**Paris, 7. September.** (Gavas.) Andre Lefevre weist auf die Gefahr hin, welche für den Frieden in der beständigen Stärkung des deutschen Militarismus besteht. Lefevre schlägt nach dem Scheitern der geplanten englisch-französisch-amerikanischen Allianz eine solche zwischen Frankreich und der kleinen Entente vor.

Jacques Bainville schreibt in der nationalistischen „Action Française“: „Heute ist Deutschland zweifellos ins Chaos gesunken. Aus diesem Wirwar darf es nicht herauskommen. Von einer Opposition des demokratischen Deutschland gegen das imperialistische Deutschland ist eitel Geschwätz. (1) Man sieht doch (1), daß in den letzten Tagen die Bewegung gegen Links aufgehört hat. Es ist nicht zu übersehen, daß die äußerste Rechte Anhänger gewonnen hat. Martin Spahn, der ein großes Ansehen in katholischen Kreisen genießt, ist zu den Nationalisten übergegangen, zu der Partei, die für die Ermordung Erbergers verantwortlich ist. Noch merkwürdiger ist, daß die Volkspartei, die Partei Stresemanns, gegen die Linksbewegung eine bürgerliche Koalition gebildet hat, was sofort die republikanische Begeisterung Dr. Wirths gebremst hat. Vergessen wir nicht, daß der Reichstag eine bürgerliche Mehrheit hat, und daß seit 1920 die Linksparteien nur 11 von 25 Millionen Wählern für sich haben.“

### Mehrheitssozialisten und Unabhängige unterstützen die Reichsregierung.

Gestern mittags fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung zwischen den Vertretern der rechtssozialistischen und der unabhängigen Partei statt. Es wurde eine Vereinbarung über die zunächst einzuschlagenden Schritte getroffen. Die Reichsregierung soll in ihrem Vorgehen gegen Bayern unterstützt werden. Sollte es bei den neu aufgenommenen Verhandlungen zwischen Berlin und München zu keinem die Arbeiterschaft befriedigendem Ergebnis kommen, so werden die dann zu treffenden Maßnahmen beschlossen werden.

### Die Völkerbundsdiagnose.

#### Die Kritik Brantings und Cecil's.

**Genf, 8. September.** (Wolff.) In der heutigen Sitzung, die um 10 Uhr 45 Min. vormittags eröffnet wurde, trat die Völkerbundsversammlung in die erste große öffentliche Beratung des Berichtes ein, den der Völkerbundrat der Versammlung zugestellt hat. Branting (Schweden) eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, in der er feststellte, daß der Völkerbund noch nicht den Wünschen der Weltstimmung Rechnung getragen habe. Man habe auch vielfach den Eindruck, daß die Beschlüsse nicht von ihm, sondern von anderen Stellen gefaßt worden seien. Mit besonderem Nachdruck forderte Branting, daß der Völkerbundrat das Hauptorgan des Bundes bleiben müsse. Er kritisierte hierauf in sehr eingehender Weise verschiedene Maßnahmen, so auch die Berichterstattung über die Mandatsfrage und tadelte die Tätigkeit des Völkerbundsvertre-

ters, von dem er Unparteilichkeit verlangte. Lord Cecil hielt diesmal eine sehr gemäßigte Rede, welche verschiedene Vorwürfe Brantings zurückwies und vor allem das Sekretariat in Schutz nahm. Er hob bei der Besprechung der Tätigkeit des Rates die geschickte und bewundernswürdige Regelung der Danziger Angelegenheit hervor. Er sprach die Hoffnung aus, daß die ungemein wichtige oberschlesische Frage auch eine gerechte Lösung finden möge. Er beklagte es, daß der polnisch-lithauische Konflikt bisher nicht beigelegt worden sei. Er richtet einen Appell an Polen und Litauen, denen man sagen müsse, daß die Fortdauer des Konfliktes ein internationaler Skandal sei, der den Weltfrieden gefährden würde. Besonders eingehend besprach Cecil die Mandatsfrage. Er sagte, daß die Entwicklung der unter Mandat gestellten Völker eine heilige Kulturaufgabe sei. Cecil erklärte zum Schlusse seiner Ausführungen ausdrücklich, daß er nicht Amerika kritisiere, aber die Verzögerung, die die Mandatsfrage erleide, schade nicht nur dem Rate, sondern auch den Arbeiten des Völkerbundsrates. Einen starken Ton der Kritik fand Cecil in dem Teile seiner Darlegungen, die der Abrüstung gewidmet waren. Diese Frage sei noch lange nicht befriedigend gelöst worden und das bisherige Ergebnis sei noch keineswegs ermutigend. Die Versammlung müsse die Kommission drängen, die Welt könne nicht länger die jetzigen Rüstungsausgaben tragen. Cecil erinnerte an die Schlußfolgerungen der internationalen Konferenz in Brüssel, die aus wirtschaftspolitischen Gründen heraus die Abrüstung fordere. Bei dieser Konferenz habe sich die Lage weiterhin verschlechtert, sodaß mehr denn je der Wunsch nach Abrüstung erhoben werden müsse. Mit großer Lebhaftigkeit fragte Cecil, warum man nicht abrüste und die Antwort lautete dahin, weil der eine Staat vor dem anderen Staate Angst habe. Der Völkerbund müsse daher mutig auf dem Wege der Abrüstung fortschreiten, nur dann könne er alle seine Feinde durch sein vollendetes Werk überzeugen.

### Amnestie für die eingekerkerten Kriegsgefangenen.

**Genf, 8. September.** Der hier tagende Kongreß für das Völkerrecht nahm eine Entschlossenheit an, in der die Regierungen, Parlamente und der Völkerbund zu Gunsten einer allgemeinen Amnestie für die Kriegsgefangenen angerufen werden, die sich wegen Fluchtversuche, Gehorsamsverweigerung usw. in festländischen und Kolonialgefängnissen befinden. Nach der Amnestie sollen die Kriegsgefangenen sofort in ihre Heimat abbeordert werden. Ferner nahm der Kongreß eine Entschlossenheit für die Unabhängigkeit Montenegros und dessen Aufnahme in den Völkerbund an. Eine Botschaft Annunzio's für die unterdrückten Völker wurde vom Kommandanten Bogliasiadi verlesen.

### Die Antwort Lord George an Irland.

#### Ein Ultimatum?

**Zürnech, 7. September.** (Reuter.) Heute früh trat das Kabinett zu einer wichtigen Sitzung zusammen, um die irische Antwort zu besprechen. Wie verlautet, hat Lord George betont, daß es notwendig sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Besprechungen erstreckten sich hauptsächlich auf die Frage, den Sinnfeinern für die Annahme oder Ablehnung des Regierungsangebotes eine Zeitgrenze zu stellen. Die Antwort der Regierung wurde einstimmig gebilligt und dem Kurier der Sinnfeiner übergeben, der gleich darauf nach Dublin abreiste. Der Text der Antwort soll morgen abends veröffentlicht werden.

#### London, 7. September.

(Reuter.) Es ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der aus allen in Schottland weilenden Kabinettsmitgliedern besteht, um in der irischen Frage mit allen Vollmachten zu handeln, sobald die nächste Antwort de Valeras eintrifft. Möglicherweise wird noch ein weiterer Kabinettsrat in Zürich abgehalten werden. Ferner ist ein Kabinettsausschuß eingesetzt worden, der sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen soll.

### Die griechischen Erfolge werden geleugnet.

**Paris, 8. September.** (Tsch. P. B.) Einer Gavasmeldung aus Konstantinopel zufolge besagen die letzten Nachrichten von der Front, daß die Griechen nach achtstägiger Schlacht auf der Skarifrout ungefähr 7 km. vorgezogen sind. Die Verluste würden auf etwa 20.000 Mann geschätzt. Die Nachrichten von der Besetzung von Angoras seien unbegründet. Gegenwärtig seien die Griechen etwa 50 bis 70 km von dieser Stadt entfernt. Der Widerstand der Türken dauert an. Die Heftigkeit des Kampfes hat neuerdings nachgelassen.

Zur Auflösung des Allrussischen Hilfskomitees.

Die Begründung Radels. Berlin, 8. September. (Drahtbericht des Sozialdemokraten.) Unter der Überschrift 'Die Menschenfreunde' führt Karl Radel in der 'Roten Fahne' über die Auflösung des Allrussischen Hilfskomitees aus, es habe sich von Anfang an in dem Komitee eine Rackettorganisation gebildet, die politische Absichten verfolgen wollte. Der Konflikt entbrannte bei der Frage über die Entsendung einer Delegation des Komitees ins Ausland. Die Regierung war mit der Delegation des Komitees einverstanden, doch war die Wahl des Augenblicks zur Entscheidung von der internationalen Lage und von der Arbeit des Komitees in Russland selbst abhängig zu machen. Mit ausländischen Mächten habe nur die Regierung Abmachungen zu treffen, nicht aber die Komitees. Ein anderes Argument gegen die Reise der Delegation habe in der Tatsache gelegen, daß das Hilfskomitee nicht die geringste Tätigkeit entfaltet. Als die Regierung im Komitee den Vorschlag machte, die Reise aufzuschieben, forderte sie es gleichzeitig auf, seine Vertreter in die Hungerorte zu schicken, um die Organisationsarbeit zu beschleunigen, die in dem Augenblicke vollendet sein sollte, wo allenthalben Risiken aus dem Ausland erwartet wurden und zur Verteilung des Getreides aus der neuen Ernte geschritten werden sollte. Daß habe das Komitee abgelehnt. — Radel kommt zu folgendem Schluß: 'Jeder, der der Sowjetregierung im Kampfe mit dem Hunger helfen wird, dem wird Gelegenheit eilichler und nützlicher Arbeit gegeben werden. Wer jedoch der Sowjetregierung aus dem Hunger eine unterirdische Mine bereiten will, der wird mit demselben Sprenggranaten, die man unter das Gebäude Sowjetrusslands legen will, in die Luft gesprengt werden. Zwischen der Hilfe für die Hungernden und der Lieferung von Lokomotiven und Maschinen besteht nicht der geringste Unterschied. Wie die Sache einmal steht, werden wir mit den menschenfreundlichen Herrschaften nur über ihren Profit verhandeln, von etwas anderem aber nicht sprechen. Dazu ist soviel zu sagen, daß die Sowjetregierung sich selbst an die Bourgeoisie um Hilfe gewandt hat. Denn hinter den Aufrufen, die seinerzeit von Maxim Gorki und den Patriarchen von Moskau in die Welt geschickt wurden, standen offiziell die Bolschewiki. Es scheint aber, als ob sich auch in der Frage des Kampfes gegen den Hunger zwei Gruppen unter den russischen Kommunisten gebildet haben und daß jetzt die Richtung Radel den Sieg davongetragen hat.'

Krieg dem Krieg.

'Chemische Abrüstung'. New York, 8. September. (Neuter.) Bei Eröffnung der Tagung der amerikanischen chemischen Gesellschaft, an der zahlreiche hervorragende Engländer teilnahmen, wurde eine Entschließung angenommen, die im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz auf eine Erwägung einer chemischen Abrüstung drängt. Fort mit den giftigen Gasen! Edinburgh, 8. September. (Neuter.) In der Eröffnungsfeier der Jahresversammlung der britischen Association, die von mehr als 2000 Gelehrten besucht war, richtete der Vorsitzende Thorpe einen scharfen Protest gegen die drohende Fortsetzung des Gebrauches giftiger Gase in der Kriegsführung, der eine Herabwürdigung der Wissenschaft und eine Verneinung der Zivilisation bedeutet. Der Vorsitzende forderte die versammelten Gelehrten auf, ihren Einfluß zur Beseitigung dieses Mißbrauches geltend zu machen.

Deutschenhaß in Belgien.

Brüssel, 7. September. (Tel.-Union.) Die belgische Arbeiterpartei hatte in La Louviere eine Gewerkschaftswoche organisiert, an welcher auch Vertreter des Auslandes, darunter der Deutsche Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften, teilnehmen sollte. Sassenbach wohnte in demselben Hotel wie die belgischen Sozialistenführer de Brouchere und Deman. Der Wirt des Hotels hatte aber Sassenbach gezwungen, das Hotel zu verlassen, worauf die beiden Belgier ebenfalls das Hotel räumten. Im Laufe des Tages haben die belgischen nationalen Vereine gegen die Anwesenheit eines deutschen Delegierten durch Plakate Protest erhoben. Bei den sozialistischen Kundgebungen, welche gestern abends stattfanden, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen belgischen Patrioten und Sozialisten. Es gelang den Sozialisten, den belgischen Patriotenvereinen samlische Fahnen abzunehmen. Die sozialistische Versammlung, an der auch außer dem Deutschen Sassenbach ein Italiener teilnahm und in der Sassenbach sprechen sollte, wurde infolge andauernden Lärms und Zwischenrufen, wie 'Nieder mit den Vöckes' gesprengt. Später fanden Zusammenstöße statt, wobei mehrere Personen schwer verwundet wurden.

Die sozialdemokratische Wehrmacht.

Wien, 8. September. (Drahtbericht des 'Sozialdemokraten'). Bei den Wahlen der Soldatenräte, die in den letzten Tagen stattfanden, wurden 19.000 Stimmen abgegeben. Soweit bis jetzt Stimmen vorliegen, haben die Sozialdemokraten 351 Mandate bekommen, die Kommunisten 48. Die Christlich Sozialen haben im Ganzen 178 Stimmen bekommen, infolgedessen kein Mandat. Die Ergebnisse aus Steiermark und aus einigen Orien Niederösterreichs stehen noch aus, da dort die Wahlen wegen der ungarischen Ereignisse bis jetzt noch nicht stattfinden konnten.

Auch Frankreich leidet an Beamtenüberschuß.

Paris, 7. September. (Tsch. P. B.) Eine Unterkommission des Finanzausschusses der Kammer hat sich mit der Herabsetzung des Beamtenstandes beschäftigt. Aus den Beratungen geht hervor, daß die Anzahl der Beamten am 1. Juli 1914 543.271 betrug und 1.154 Millionen erforderte, während deren Anzahl am 1. Juli 1921 732.926 Beamten betrug, bei einem Kostenaufwande von 4.905 Millionen. Für das Jahr 1922 ist nach dem Regierungsvorschlage eine Herabsetzung auf 690.938 Beamten mit einem Kostenaufwande von 4.618 Millionen beabsichtigt.

Empörung der englischen Arbeitslosen.

London, 7. September. (Tsch. P. B.) Telegramme aus verschiedenen englischen Städten melden, daß sich die Arbeitslosen in Zügen zu den städtischen Behörden begeben, um von ihnen Hilfe zu erhalten. Es sind einige Zusammenstöße mit der Polizei gemeldet worden. Heute hat eine Menge von 5000 Arbeitslosen den Verkehr in den Hauptstraßen von Liverpool unterbunden. Gleichartige Zusammenstöße haben sich in Bristol zugetragen, wo die Polizei mit Feuerwaffen eingreifen mußte.

Wlinski — Wüstiger Finanzminister?

Tsch. P. B. Wien, 7. September. Die 'Neue Freie Presse' meldet aus Warschau: Ministerpräsident Witos hat eine angelegene Persönlichkeit als seinen Vertrauensmann nach Wien entsandt, um ein Gutachten des früheren Finanzministers Dr. Wlinski über die Finanzlage Polens einzuholen. In politischen Kreisen ist das Gerücht von der bevorstehenden Berufung Wlinskis verbreitet.

Ausland.

Irland. Der 'Frankfurter Zeitung' zufolge waren die Sinnfeiner über die der englischen Regierung zu gebende Antwort untereinander uneins. Griffith wollte sie auf einen milderen Ton gestimmt wissen, um eine Konferenz mit Lloyd George zustande zu bringen, doch behauptete sich endlich die energisichere Meinung de Valeras. Die Aussichten einer Verständigungskonferenz werden verschieden beurteilt. Damit mag das vom 'Hamburger Echo' verzeichnete Gerücht zusammenhängen, daß die englandfreundlichen Ulsterleute, um den Sieg der irischen Nationalisten zu verhindern, eine bewaffnete Gegenaktion vorbereiten und schon zehntausend Freiwilliger geworben haben. Auch von einem Plebiszit wird gesprochen. Lloyd George will jedoch, wie aus den heutigen Nachrichten hervorgeht, den Faden der Verhandlungen weiterspinnen, die geplante ultimative Aufmachung soll nur die Toren wahren.

Oberschlesien. Die Völkerverhandlungen über Oberschlesien geben zu allerlei Gerüchten Anlaß. Die einen wollen etwas von einer neuerlichen Volksabstimmung gehört haben, andere wieder erzählen, daß das Gutachten der vier beratenden Staaten auf einer neuen, von Frankreich und Englands Meinung abweichenden Grundlage aufbaue und dafür den Vorzug habe, den berechtigten Ansprüchen Deutschlands und Polens zu entsprechen. Das Wie dieses geheimnisvollen Wunderplanes läßt der Berichterstatter der 'Westminster Gazette' freilich im Dunkel.

Der Völkerverbundrat wüßte mit seinen Beratungen den Völkern Tag um Tag die Augen aus. In seiner letzten Sitzung verhandelte er, die Washingtoner Konferenz vorbereitend, die Abrüstungsfrage. Der englische Bericht, der Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten empfiehlt, die Rüstungen, besonders zur See, einzuschränken, weckte natürlich den Widerspruch aller anderen, geheime Absichten Englands witternden Imperialisten. Vor allem die Franzosen scheinen aus dem Häuschen geraten zu sein und erzählten auch, daß ihr Delegierter Noblemaitre mit der Abfassung eines neuen Testes betraut werde.

Ungarn. Die heutigen tschechischen Blätter beschäftigen sich wie auf Uebereinkunft mit der ungarischen Frage. 'Narodni Politika', 'Denkov' und 'Cesl. Republika' bezeichnen Magharien als den mitteleuropäischen Friedensstörer, dessen bloßes Dasein die Ruhe der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Deutschösterreichs gefährde, ja, die 'Narodni Politika' wirft sogar die Frage auf, ob ein Staat von solcher Aspirationen und solcher Illoyalität überhaupt einen Platz in der europäischen Staatenfamilie

beanpruchen dürfe. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Zeitungsoffensive als Warnungsruf der kleinen Entente auffaßt, und dazu paßt ganz gut die Betrachtung des 'Cas' über die Wahl des ihm nahestehenden Herrn Benes zum ersten Vizepräsidenten der Völkerverammlung. Durch sie würden die Bemühungen der ungarischen Sabburgknechte, in den Völkerverbund einzutreten und von hier aus die Interessen Sabburgs zu verteidigen, endgültig vereitelt, im Zweikampf Benes-Apponyi habe Benes gesiegt. Daß mit solch weitgehenden Schlussfolgerungen einer heftigen Formschäbe allzugroße Bedeutung beigelegt wird, liegt auf der Hand. Der Völkerverbund ist sonst gegen Staaten mit Räuberpolitik (man denke an Polen) nicht gar zu wählerisch, Spekulationswort ohnegleichen an der Verlierer Börse.

Auf den orientalischen Kriegsschauplätzen gehen die Kämpfe ununterbrochen fort. Die bei Angora überwundenen Kemalisten leisten im Tale Salaria weiter Widerstand. — Im Gebiet der Beni Likar griffen die Mauren einen spanischen Truppentransport an, wobei Eingeborene wie Reservistentruppen schwere Verluste erlitten.

Braunschweig, 7. September. Das Tsch. P. B. meldet: In Verbindung mit dem jüngsten Dynamitanschlage auf verschiedene Gebäude wurden dieser Tage mehrere Kommunisten verhaftet unter dem Verdachte, daran beteiligt gewesen zu sein. Darunter auch die Kommunistin Jashauer.

Belgrad, 7. September. (Tsch. P. B.) Der jugoslawische Delegierte Ale traf gleichzeitig mit der Entente-Kommission in Mohacz ein und stellte dort fest, daß die Meldungen betreffs ungarischer Grausamkeiten der Wahrheit entsprechen. Die Entente-Kommission ist bei der ungarischen Regierung in Budapest eingeschritten.

Sofia, 7. September. (Tsch. P. B.) Gestern wurden über 4000 Soldaten aus der bulgarischen Armee entlassen.

Berlin, 8. September. In der Berliner Filmindustrie ist der seit einiger Zeit drohende Streik heute ausgebrochen. Die großen Fabriken arbeiten nicht. 1000 Filmleute streiken.

Berlin, 8. September. Der 'Volkswacht' meldet aus Speyer: Als Rücksicht auf die mit Gewalt erfolgte Besetzung des Polizeigebäudes hat die königliche Besatzungsbehörde nunmehr die gesamte Polizeigewalt der Stadt Speyer übernommen.

London, 8. September. In der Antwort der britischen Regierung an de Valera wird an diesen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, sich am 20. d. an der Konferenz in Inverness zu beteiligen, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands und des britischen Reiches am besten mit den nationalen Bestrebungen der Iren in Einklang gebracht werden könne.

London, 8. September. 'Morningpost' meldet aus Chonghai, daß die Truppen der Provinz Szechuan die Stadt Chonghai eingenommen und geplündert haben. Ausländische Kanonenboote haben Truppen zum Schutze der Ausländer gelandet. Zwischen Sunan und Hupe ist ein Waffenstillstand unterzeichnet worden.

'Unabhängige' Kommunisten.

Das tschechoslowakische Preßbüro bringt eine Nachricht aus Basel, wonach dort in abhängigen kommunistischen Partei beschlossene Versammlung die Gründung einer unabhängigen von der kommunistischen Partei einberufen werden soll. Falls die Nachricht in dieser Form auf Richtigkeit beruht, würde die kommunistische Partei eines weiteren Landes von der Zerfurchung bedroht sein. Der letzte Kongreß der kommunistischen Internationale hat bereits gezeigt, daß innerhalb der kommunistischen Parteien aller Länder zwei Strömungen um die Herrschaft ringen: — eine 'opportunistische', welche sich zu der Erkenntnis eines ruhigen Ganges der Weltrevolution durchgerungen hat und gegenüber der Reaktion eine elastische Taktik anwenden will. Ihr trat ein linker Flügel entgegen, der die Wandlungen des Bolschewismus im letzten Jahre nicht mitmachen will, Lenin als einen Opportunisten betrachtet und zur ursprünglichen Ideologie der Bolschewiki in den Jahren 1917 bis 1919 zurückkehrt. In Deutschland findet diese Strömung Ausdruck in der N. A. P. (Kommunistische Arbeiter-Partei), welche die N. A. P. (Vereinigte kommunistische Partei) wütend bekämpft und ihr dasselbe Argument entgegenhält, wie die Kommunisten den sozialdemokratischen Parteien. Im Zusammenhang mit den jüngsten Demonstrationen der Arbeiterchaft aller Richtungen gegen die Reaktion, die in Deutschland in den letzten Tagen stattfanden, warf die N. A. P. den von Lenin für Deutschland autorisierten Kommunisten das Zusammengehen mit den Wehrheitssozialisten und den Unabhängigen vor. Die N. A. P. nennt die Führer der N. A. P. 'Bonzen'. Auch in Holland treten die Kommunisten unter Führung von Bannetock gegen die kommunistische Internationale auf und nennen Lenins Politik die der 'verflachten Weltrevolution'. Am bedeutungsvollsten ist

jedoch die Erscheinung, daß die N. A. P. auf ihrem nächsten Parteitag die Schaffung einer neuen, vierten Internationale der kommunistischen Arbeiterinternationale diskutieren will. Diese Bestrebungen werden in einer Reihe von Ländern fruchtbaren Boden finden und die Arbeiterbewegung aller Länder noch mehr zerfurchen, als es bisher der Fall ist. Sie werden aber gleichzeitig die Erkenntnis reifen lassen, daß nicht in einer nochmaligen Spaltung, sondern in der Vereinigung der Heile der internationalen Arbeiterbewegung gelegen ist.

Tages-Neuigkeiten.

Der Fall Winkeln. Es ist eine traurige Geschichte. Dr. Gustav Winkeln ein in seiner Art genialer Mann, ein Pflanzler im Land der Erziehung, ist mit dem Strafgesetze in No. 1111 geraten. Der biedere Spießer hält sich den dicken Bauch und lächelt hämisch-schadenfroh: 'Also das sind unsere Jugendbildner. Die modernen Menschen, welche der alten bewährten Vernunftschule den Garau machen und dafür in 'Freien Schulgemeinden' Arbeitsfreunde, Erarbeiten des Könnens und Wissen sozialen Sinn, und wie all diese schönen Dinge schon heißen mögen, zustande bringen wollen. Ja, in Worten sind sie groß und stark. Und dann geht so ein Kerl, so ein Apostel der neuen Sittlichkeit, hin und umarmt nach einem Talsler. 'Wuj Teufel, so etwas tut man doch nicht. Wenn ich ein Vergnügen haben will, geh ich ins Bordell. Dort zahlt man für die Hetz und damit Basta. Nein, auf mein liebes Geld ich nichts kommen, das öffnet einem alle Türen. Recht geschieht dem Kerl, soll er nur sein Zahn brummen! Und wie dumm er doch ist. Ziel die Sache totzuschweigen, hat er noch auf Trostereien hin die Selbstanzeige erstattet. Na misch, was? Da hätte ich viel zu tun, wenn ich mich wegen jedes Kriegswunders reiu waschen wollte'. — Der Kenner der Zeiten und der Menschen findet an der Sache nichts zu lächeln. Er weiß, daß gerade die gewaltigste Jugendbildner, ein Sokrates und Plato, ähnliche Reigungen in ihrer Brust fühlten, weil daß diesem Triebe gegenüber der Art, als der Strafrichter der berufene Sprecher ist, nie vor allem steht er, daß Winkeln von der gesamten Meute des Kulturrückwärtler zu Strede gebracht worden ist, denen der begehrte, oft über das Ziel hinauschießende Reformdrang des Mannes ein Dorn im Aug war. Was reines Streben! was begeistert Liebe der Schüler! was Erfolge, die viele Hunderten des jungen Geschlechtes das Leben bereicherten und vertieften! Vor den realen wären Richtern Deutschlands, die sich nicht scheuten, die Öffentlichkeit ganz und gar zu kassieren, um das Hochgericht vollziehen zu können, wiegt die Aussage eines zwölfjährigen Jungen mehr als die von einem Heer von Zeugen bestätigte reiche Lebensernte des Angeklagten. Ein Jahr Gefängnis! Georg Kaiser, der Dichter der gewaltigen sozialen Tragödie 'Gas', bekam, wenn wir uns recht entsinnen, vor nicht zu langer Frist acht Monate Zuchthaus, weil er seine Hausfrau bestohlen hatte. Ja, der Sittlichkeitskoller des Herrn Spießers hat jetzt gute Zeiten. Wie kann sich der Biedere blähen und über alle Genies erhaben fühlen! Nur eines merkt er, schwerhörig, wie er immer ist und war, nicht: Daß auch diese seltsame Häufung von 'Verbrechen' der geistig Höchststehenden mit ein Symptom dafür ist, wie die alte Welt mit ihren Anschauungen von Gut und Böse, von Recht und Unrecht in die Brüche geht. Wie es überall im Gebälke kracht, weil etwas Neues unterwegs ist. Erfreulich sind die Begleiterscheinungen nicht; aber dessen, was sie anzeigen, der in verborgenen wachsenden Zukunft, dürfen wir uns dennoch vor Herzen freuen.

Wie in unserer 'demokratischen' Republik deutsche Gemeinden behandelt werden. Das tschechische Realgymnasium in Ruffig benötigt zur Unterbringung der Klassen einige Lehrzimmer und die Direktion trat schon vor Monaten an die Stadt um die Zuweisung von Räumlichkeiten heran. Der Stadtrat erkannte die Forderung auch als gerechtfertigt an und es fanden wiederholt Verhandlungen über die Möglichkeit der Räumlichebeschaffung statt. Auf gegen eine kommissionelle Besichtigung der in Ruffig vorhandenen Schulräume erhob die Stadt keine Einwendung. Da kam eines schönen Tages an den Stadtrat von der Direktion des tschechischen Realgymnasiums die Vertiefung über einen Auftrag des Ministeriums für Schulwesen und Volksaufklärung, auf Grund einer am 14. August an Ort und Stelle stattgefundenen Kommission 1 Schulraum um 1 Direktionskanzlei sofort für das tschechische Gymnasium zur Verfügung zu stellen und in Laufe des Schuljahres 1921/22 einen weiteren Raum zwecks Adaptionierung zu zwei Lehrzimmern freizumachen. Der Landesschulrat wurde zwar laut Erlaß ersucht, mit der Gemeinde zu verhandeln, aber das ist nicht geschehen. Nur die Direktion des Gymnasiums verständigte die Gemeinde und fragte nach der Höhe des Mietzinses, nach den Kosten der Beleuchtung und danach, ob die Gemeinde ihre Möbel in der Direktionskanzlei beläßt. Die Gemeinde wurde als Erhalterin der Gebäude weder zur Kommission zugezogen, noch verhandelt man weiter mit ihr, obwohl sie gegen die Vorschläge gar keinen Widerstand leistet. Man sucht also garabzu die Gewalt. Bemer

lenenswert ist, daß der Direktor der Staatsgewerbeschule Herr Reimoser, welcher als „guter deutscher Volksgenosse“ alle Mühen sprangen ließ, als die Gemeinde seine überzähligen Wohnräume anforderte, sich jetzt als freigiebiger Hausherr zeigte und, ohne an die Gemeinde zu denken, bereitwillig „seine“ Lehrzimmer zur Verfügung stellte. Der Stadtrat vom Ausschuss beschloß, diese einseitige Verfügung nicht zur Kenntnis zu nehmen und eine neue Kommission im Beisein der Vertreter der Stadt zu verlangen.

Die Gesundheitszustände in Karpatho-Rußland. In Karpatho-Rußland wütet eine Typhus- und Scharlachepidemie. Die Zahl der Geschlechtskranken ist riesengroß. Dagegen sind die Spitäler im denkbar elendsten Zustande. Die karpathorussischen Zeitungen schreiben vom Nagyszöllöser Spital: Für dieses Staatsspital wurden für das laufende Jahr 1.167.850 Kronen präliminiert. Bis Ende Juni hat es aber bloß 125.000 Kronen erhalten. Die Ernährung ist die möglichst schlechteste. Drei Tage lang haben die Kranken nur Kartoffeln aus dem Garten des Krankenhauses bekommen. Das Spital hat nicht einmal Bettwäsche zum einmaligen Wechseln. Mit solchen Mitteln soll gegen die Epidemie in Karpathorussland angeämpft werden.

Die Bedrängung des deutschen Schulwesens in Troppau. Der Erlass des Landeschulrates, mit welchem, wie von uns gemeldet wurde, das deutsche Schulwesen der Stadt Troppau in beispielloser Weise verschlechtert werden soll, hat in der gesamten deutschen Bevölkerung Troppaus eine ungeheure Erregung ausgelöst. Diese Erregung kam schon Donnerstag abends, als eine zur Beratung der ganzen Angelegenheit einberufene Gemeinderatsitzung stattfand, zum Ausdruck. Hunderte Menschen wollten an den Verhandlungen des Gemeinderates teilnehmen. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge stand während der Dauer der Beratungen vor dem Rathaus. Das Referat erstattete im Gemeinderat Genossin Fokl, die das Unerhörte dieses Erlasses klarlegte. Die Vertreter sämtlicher deutschen Parteien erklärten sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden. In einer Entschließung wurde erklärt, den Erlass nicht zur Durchführung zu bringen, im übrigen alle Rechtsmittel zu ergreifen, um die Zurücknahme des Erlasses zu erreichen. Freitag mittags sprach eine Abordnung der deutschen Parteien bei dem Landespräsidenten vor und verlangte die Rücknahme des Erlasses. Der Landespräsident erklärte, dies mit Rücksicht auf die „Autorität“ der Landesregierung nicht hören zu können und verwies die Abordnung nach Prag. Bezeichnend ist, daß im Gegensatz zu den Angaben des Erlasses, die Landesverwaltungskommission - Mitglieder von der Angelegenheit gar nichts wissen. Also wieder eine der vielen unerschämten Eigenmächtigkeiten des Schulreferenten Senator Lukesch. — Freitag abends fand eine von mehr als 3000 Personen besuchte Versammlung unserer Partei statt. Die Referate erstatteten Genossin Fokl und Fachlehrer Dujorg, deren Ausführungen stürmische Zustimmung fanden. Abgeordneter Genosse Fokl unterbreitete der Versammlung eine Entschließung, in welcher die Stadtverwaltung aufgefordert wird, unter keinen Umständen bei der Durchführung dieses Erlasses mitzuwirken.

Die Einschreibungen an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag erfolgen für die neu zu immatrikulierenden Studierenden am 15., 16. und 17. September, für bereits immatrikulierte Studierende vom 19. bis 27. September in alphabetischer Reihenfolge (Zunahmen mit M, B, C, D am 19. September, E, F, G am 20. September, H, J, K am 21. September, L, M, N, O am 22. September, P, Q, R am 23. September, S am 24. September, T, U, V, W am 26. September, X, Y, Z am 27. September) und für die Ausländer am 29. und 30. September. I. J. bei den Herren Dejanen. Zur Einschreibung ist das persönliche

Ercheinen notwendig. Das Unterrichtsgeld ist für ordentliche Hörer auf 150 K für 1. Semester und für außerordentliche Hörer auf 10 Kronen für jede Wochenstunde erhöht, die Ausländer haben das Doppelte zu entrichten. Absolvierte Gymnasialschüler haben, sofern sie nicht an der chemischen Abteilung instruieren, auch eine hinreichende Kenntnis der Grundlagen der darstellenden Geometrie und Fertigkeit im Freihandzeichnen durch eine Aufnahmeprüfung nachzuweisen. Diese Prüfung wird am 14. September, Freihandzeichnen vormittags, darstellende Geometrie nachmittags abgehalten. Näheres am schwarzen Brette der Hochschule.

Unterstützungen bei der Teplitzer Krankenkasse „Einigkeit“. Der in Seitenz wohuhafte Zulassist Josef Lattisch hat der Privatbeamtentrunkentasse „Einigkeit“ in Teplitz einen Betrag von 35.512 Kronen unterschlagen. Lattisch wurde verhaftet und dem Bezirksgericht in Teplitz-Schönau eingeliefert. Lattisch hat in mehreren Fällen Beträge, die er überweisen sollte, nicht abgeführt. Der Tat ist er geständig, doch will er über die Verwendung des gestohlenen Geldes nichts ausagen.

Anfälle. Franz Gruby aus Karolinenthal fuhr vorgestern durch die Jungmannstraße in der Weinberge in einem Automobil und warf den Geschäftsmann Wenzel Hartmann aus Zizlow und dessen vierjährigen Enkel Jan Hopfla zu Boden. Beim Bremsen des Automobils warf er auch den Bezirksrichter Heinrich Jahoda und dessen Frau Marie um. Hierbei wurde dem Hartmann der rechte Fuß gebrochen, der Anabe erhielt Schürfwunden und Jahoda eine schwere Verletzung an der Schläfe, seine Gattin eine schwere innere Verletzung. Außerdem verlor der Richter Jahoda hierbei eine goldene Uhr im Werte von 3000 Kronen. Alle Verletzten wurden von demselben Automobil in das Allgemeine Krankenhaus geschafft.

Brände. In Jahorsch bei Matna brach am 3. September bei dem Landwirt Karl Stepanek ein Feuer aus, welches sich rasch auf die vier Nachbarhäuser übertrug und sie vollständig vernichtete. Der Schaden ist nur unbedeutend durch Versicherungen gedeckt. — Vor Mitternacht am 1. September brach in den Westböhmischen Raolin- und Chamottewerken in Horni bei Pilsen ein Brand aus und verursachte einen Schaden von etwa zwei Millionen Kronen. Das Feuer entstand wahrscheinlich dadurch, daß ein Funken aus dem Kamin in gestreutes Stroh fiel. Ein großes Verdienst um die Lokalisation des Feuers und die Erhaltung eines Teiles der Fabrik haben die Arbeiterschaft und die Angestellten der Fabrik, welche unerschrocken an den ersten Rettungsbearbeiten teilnahmen. Der Schaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

Nachfahrereinfall. Der Brettsägearbeiter Urbanek Franz fuhr am 6. d. M. am Heimwege von der Arbeit von Arnau nach Döberner in Reuschloß mit einem Motorradfahrer zusammen. Urbanek erlitt schwere Kopfverletzungen und Hautabschürfungen, der Motorfahrer leichtere Verletzungen. Ärztliche Hilfe mußte sofort in Anspruch genommen werden. Ursache dieses Unfalles dürfte das unvorschriftsmäßige Ausweichen sein.

Fliegerausstellung in Olmütz. Gestern wurde in Olmütz die von den tschechoslowakischen militärischen Fliegerwertstätten veranstaltete Fliegerausstellung eröffnet.

### Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Arnau. Sonntag, den 11. September in Arnau.

### Kleine Chronik.

Die hungernden russischen Kinder. Moskau, 2. September. (Hunt.) Zur Beschaffung der Kinder aus den Hungergebieten sind 40 Züge vorgegeben. 11 von diesen Zügen sind bereits abgegangen. Aus vielen Orten Russlands sind Angebote eingegangen, die evakuierten Kinder aufzunehmen. Auch Georgien hat sich bereit erklärt, einen Teil der hungernden Kinder unterzubringen.

Getreideschiebungen in Budapest. Budapest, 7. September. (M. T. S. B.) Die Polizei hat in Angelegenheit gewisser von der Presse gemeldeter Mißbräuche bei der Erteilung von Getreideexportbewilligungen eine Untersuchung eingeleitet. 13 Personen wurden verhaftet, darunter der Sekretär des Ackerbau-

ministeriums Ludwig Eszödi. Auch eine Hausdurchsuchung wurde vorgenommen.

Eine wissenschaftliche Entdeckung Torricellis. Das italienische Fachbüro meldet aus Rom: Torricelli legte der Akademie Lincei einen Bericht über eine wissenschaftliche Entdeckung vor, welcher die Gravitation des Universums betrifft. Die Versuche Torricellis sollen in erheblicher Weise die Newtonsche und La Place-Theorie von der Gravitation abändern und den elektrischen Charakter der Gravitation des Universums dartun.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Verzögerung der Vermögensabgabe. Im „Pravo Lidu“ kritisiert Dr. Klier die langsame Entrichtung der Vermögensabgabe. Die Finanzverwaltung sollte alle Anstrengungen machen, um die Vermögensabgabe einzutreiben, damit die so erhaltenen Gelder für die Zwecke bestimmt werden, die im Gesetze genannt sind. Es ist dies die Abtragung der Lasten, welche von der Oesterreichisch-Ungarischen Bank übernommen wurden, was dadurch geschehen soll, daß alte Banknoten, welche bei der Abstemmung seinerzeit zurückgehalten wurden, in Staatsnoten umgewandelt werden und daß die Tschechoslowakei die Girorechnungen und Kassenscheine der Bank übernimmt, soweit sie dazu im Sinne des Friedensvertrages verpflichtet ist. Die Nachrichten des Finanzministeriums besagen, wurden auf die Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe bisher 158 Millionen Kronen eingenommen, während die in den beiden Gesekentwürfen veranschlagten Summen bei der Vermögensabgabe auf 4,5 Milliarden und bei der Vermögenszuwachsabgabe auf 7,2 Milliarden betragen. Je länger die Entrichtung der beiden Abgaben hinausgeschoben wird, desto schwerer wird ihre Erfassung überhaupt sein.

Sonderbare Sozialpolitik. Die deutschen Bezirke Böhmens haben unmittelbar nach dem Umsturze auf Grund der tschechoslowakischen Vollzugsanweisung vom 9. November 1918, St. G. B. Nr. 29, die Arbeitslosenfürsorge durchgeführt. Hierzu stellte die tschechoslowakische Regierung den Bezirkskommissionen in Reichenberg und Komotau beträchtliche Geldmittel zur Verfügung. Nach der Besetzung Deutschböhmens beschlagnahmte die tschechische Regierung bei diesen Bezirkskommissionen die noch vorhandenen Mittel im Betrage von rund 1 1/2 Millionen Kronen. Trotzdem mußten die deutschen Bezirke, da die Arbeitslosenfürsorge des tschechoslowakischen Staates viel später einsetzte, sollte es nicht zu schweren Unruhen kommen, die Arbeitslosenunterstützungen weiter auszahlen und sich die hierfür nötigen Mittel durch Anleihen beschaffen. Es wäre nur recht und billig, wenn der tschechoslowakische Staat, der sich die für Arbeitslosenfürsorge bestimmten Mittel angeeignet hat, den deutschen Bezirken ihre bezüglichen Aufwendungen wenigstens bis zur Höhe des beschlagnahmten Betrages ersetzen würde. Nachdem die Regierung lange Zeit die Erledigung der bezüglichen Gesuche hinausgezögert hat, erklärt nunmehr das Ministerium für soziale Fürsorge, daß die Regierung nicht daran denke, den deutschen Bezirken die zur Fortsetzung der Arbeitslosenfürsorge vorgestreckten Beträge zu ersetzen.

Ein Konflikt in der Metallindustrie. Der Verband der tschechischen Metallindustriellen hat an die beiden tschechischen Metallarbeiterorganisationen ein Schreiben geschickt, worin die im Kollektivvertrag vom 14. Juni 1921 enthaltenen Bestimmungen über die Löhne gekündigt werden. Die bisherigen Löhne sollen bis Ende Oktober 1921 in Geltung bleiben mit Ausnahme einiger Firmen, die namentlich aufgezählt sind und unter denen sich auch die Poldihütte in Kladno befindet. In der Poldihütte sollen die Teuerungsbeiträge um 50 Prozent herabgesetzt werden. Die beiden Gewerkschaftsverbände haben mit einem an den Industriellenverband gerichteten Schreiben vom 5. September die Kündigung des Kollektivvertrages abgewiesen.

Stinnes allüberall. Rumänische Blätter melden, daß Hugo Stinnes demnächst in Bukarest zwecks Anbahnung geschäftlicher Beziehungen eintreffen soll.

Erhöhung der Bahntarife in Deutschland. Berlin, 8. September. Wie die Blätter erfahren, soll der Güter- und Personentarif der Eisenbahnen um 30 Prozent erhöht werden.

Der letzte Tag der Prager Mustermesse. Am letzten Tag der Prager Mustermesse wurden große Mengen von Textil- und Holzwaren, sowie Massenartikel aller Art umgesetzt. Die Textilbranche hatte große Umsätze zu verzeichnen, ebenso die Metallindustrie, Pelzwaren, Leder, Glas und Porzellan, sowie Sportartikel und namentlich Juwelen. Auch im Gebiete der Chemiebranche und Elektrotechnik kam es noch zu großen Abflüssen, desgleichen in Musikinstrumenten. Außer der Konfektion wurden hauptsächlich Galanterie- und Messingwaren nach Südslawien, Konfektion nach der Schweiz, Verfeinerwaren nach England, Zuberbäderapparate nach Oesterreich, Glas nach Ungarn, Schokolade und Cigarren, Zigaretten- und Zigarrenspitzen nach Frankreich, Griechenland, Chile und Dänemark verkauft. Von ausländischen Ausstellern werden sehr bedeutende Aufträge auf Galanteriewaren, besonders Ledergalanterie, elektrotechnisches Zubehör, Stöcke und Konfektionen aus Oesterreich, Rämme, Messerwaren und Flechtwaren aus Deutschland gemeldet.

### Kunst und Wissen.

Neues Deutsches Theater. „Tosca“, Musikdrama von G. Puccini. Das Auftreten zweier namhafter Gäste sollte der Aufführung dieser graufig-sentimentalen Haupt- und Staatsaktion besonderen Glanz verleihen. Es gelang nur halb. Kapellmeister Jakowew nahm die Bezeichnung des Werkes als Musikdrama allzu wörtlich und beeinträchtigte durch zu scharfe Pointierung und überwüthige Behandlung des Orchesters den lyrisch-epischen Charakter der Musik. Das technische Mittel der motivischen Behandlung eines Opernstoffes macht noch kein Musikdrama, und der absolute Mangel dieses Werkes an echter dramatischer Linie ließe sich nur durch liebevolles Hervorheben ihrer melodischen Werte verdecken. Dieser Notwendigkeit wurde auch die Darstellung nur teilweise gerecht. Fr. Sanden (Tosca) spielte die unglückliche Sängerin mit vornehmem Feuer, schien aber mit den großen stimmunglichen Anforderungen der Partie zu kämpfen. Der Cavradossi des Herrn Kubla bot schauspielerisch nichts Interessantes und litt gesanglich unter technischen Mängeln, die der schönen Stimme des Sängers Flüssigkeit und Schmelz nehmen. Das Gleiche gilt von Herrn Kriener, der den Scarpia sang. Gr.

### Turnen und Sport.

E. S. Slavia gegen D. F. S. Teplitz in Prag 3:4 (1:2). Beide Mannschaften führten ein hochklassiges Spiel vor, das zu einem der interessantesten der Saison gehört und welches die Zuschauer vom Anfang bis zum Ende in Atem hielt. Die Teplitzer verdanken den Sieg ihrer Entschlossenheit vor dem Tor und ihrem raschen Start am Ball. — Spielverlauf: Teplitz ist zu Beginn des Spieles überlegen und erst in der 10. Minute gelingt es der Slavia, sich aus der Umklammerung zu befreien; in der 26. Minute erringt sie durch Jansa die Führung, worauf Teplitz 1 Minute später durch Schröder ausgleicht. 41. Minute: Loh (Slavia) macht im Strafraum Hand, den hierauf diktierten Elfer verwandelt Hojer. Der Stand 2:1 hält bis Ende der ersten Halbzeit an. Gleich zu Beginn der zweiten Halbzeit erhöht Kozeluh das Score auf 3:1. Die Slavia erringt zeitweilig die Führung, aber alle ihre Angriffe scheitern an der Entschlossenheit der Teplitzer Hintermannschaft. Aus einem Gegenangriff erhöht Hojer in der 22. Minute den Stand auf 4:1. Slavia verdoppelt das Tempo und ist in der 28. Minute durch Bonif, in der 35. Minute durch Stoppel erfolgreich. 5 Minuten vor Schluß wird Kozeluh wegen Verletzung des Schiedsrichters vom Spielfeld gewiesen. Alle weiteren Anstrengungen der Slavia, auszugleichen, sind vergeblich. 12.000 Zuschauer. Schiedsrichter Cejnar bis auf einige Fehlentscheidungen gut.

D. F. C. Prag gegen Deutsche Sportbrüder Prag (Meisterschaft) 4:0 (1:0). Ueberlegenes Spiel des D. F. C., der viele sichere Chancen unausgenützt ließ. Der Tormann der Sportbrüder war ihr bester Mann, der sie vor einer größeren Niederlage bewahrte.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**BIO**  
**SVĚTOZOR um 3 u. 1/2 Uhr**  
Grund und Gefahr der Geschlechtskrankheiten  
mit medizinischer Erklärung. 56  
Abends 8 Uhr:  
Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen.  
mit Vortrag des MUDr. Vlad. Svetka.  
Der Film erfüllt immer die ganze Vorstellung!

**NA SLOVANECH PRAG II.**  
(neben Emma)  
„Shackletons Südpolexpedition“.

**LIDO. Die schwarzen Jäger**  
Volkedrama in 6 Teilen und Vorspiel nach dem Roman  
Rosa Swoboda.  
Nächste Woche: Arbes Romaneto  
„Die Gekreuzigte“.

**Teplitzer Plachen- u. Zeitfabrik**  
Teplitz-Turn 2. Telef. 245.  
erzeugt  
**PLACHEN jeder Art**  
Wasserdichte. Pferddecken, Regenmäntel  
Reparaturen u. Nachimpregnierung  
alter Plachen. 28

**Gastwirtschaft**  
**„Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Prag II., Hybernská 7. 50  
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen 1 Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

**Frische Preiselbeeren**  
in 5 kg Postkistchen  
liefert zum äusserst.  
Tagespreise 7  
**Josef Červený,**  
Klattau 4, Böhmerwald.

**Kassen**  
feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma  
**Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag**  
Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 768

**Erzeuger von Linoleum**  
werden gebeten, bemusterte Offerte an den Arbeiter-Konsumverein Karbitz zu senden. Lieferanten von Ia. Eiern werden ebenfalls gebeten, ihre Offerte einzusenden. [53

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ in Prag werden für die deutschen Provinzstädte in der tschechoslowakischen Republik tüchtige Inseratenvertreter gegen Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern unter Chiffre „Tagblatt“ an die Verwaltung erbeten.